

Die Verhandlungen im Abgeordneten- hause.

Die kommende Woche, die durch die Verschiebung des Tagungsbeginnes des Abgeordnetenhauses noch zu der Vorbereitungsfrist der parlamentarischen Tätigkeit hinzugeschlagen wurde, wird den Verhandlungen in den Parteien und zwischen diesen und der Regierung über die parlamentarischen Aufgaben gewidmet sein. Allerdings wird sich, wie in politischen Kreisen erklärt wird, auch in diesen acht Tagen kaum die volle Klärung der parlamentarischen Wirrsale erzielen lassen, allein die Vorarbeiten sollen vorerst den Weg ebnen und allmählich überleiten zur Realpolitik; ihre Bedeutung wäre deshalb nicht gering zu schätzen, weil ihre Wirkung wohl erst später sich zeigen wird, zu einer Zeit, da das Parlament zu den wichtigen Entscheidungen der Frühlingstagung gelangen wird. Die nächste Arbeit wird die Ordnung der durch die letzten Ereignisse mitgenommenen Parteiverbände sein. Die Deutschenationalen haben die Entscheidung über den ihnen vorgeschlagenen Frontwechsel vertagt und werden sich die Sache hoffentlich überschlafen, zumal die Vorfälle der abgelaufenen Woche die Stellung der Regierung sichtlich gestärkt haben und eben erst die Gefahr vor Augen gerückt worden ist, daß eine solche Kampfansage nicht den Sturz der Regierung, sondern eine bedenkliche Wendung des politischen Systems bewirken könnte. Ebenso werden die Polen die Neuordnung ihres Klubs unter den neuen Verhältnissen vorzunehmen haben und demgemäß ihre Stellung zur Regierung beziehen. Die Gelegenheit dieser Umgruppierungen werden sich jene nicht entgehen lassen, die eine Vereinigung aller positiven Parteien zur Errettung des Parlamentes aus seiner Not und zur Schaffung einer Arbeitsplattform anstreben. Die Christlichsozialen haben bereits bei Behandlung des letzten Budgetprovisoriums im Ausschusse wie im Plenum diesen Sammelruf erhoben und der Ministerpräsident hat ihn in seinen letzten Äußerungen im Abgeordnetenhause wie gegenüber politischen Abordnungen unterstützt — was auch den Superklugen bekannt sein könnte, die im sozialdemokratischen Organ in Erwiderung auf die letzte christlichsoziale Verlautbarung die Frage stellen, wo solche Bemühungen zum Burgfrieden schon geschehen seien — und diese Mahnungen haben im tschechischen wie im polnischen Lager vielfach einen nicht ungünstigen Widerhall gefunden. Auch diese parlamentarische Notstandsaktion bedarf Zeit zur Ausreifung, ehe sie in ihren Wirkungen sichtbar werden kann. Aus den Parteien selbst muß die Genesung des Parlamentes kommen und es entspricht weder dem Selbstbewußtsein der Parteien noch den gegebenen Verhältnissen, das Heil stets nur von dem Eingreifen der Regierung zu erwarten. Auch das Parlament selbst steht nun im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes.

Baron Burian und die Polen.

Ueber die Beratung der polnischen Abgeordneten am 22. d. berichtet der „Gaz“, der Polenklub stehe dem neuen Minister des Außern Baron Burian vorerst

abwartend gegenüber. Der Klub bestche entschieden auf seinen Forderungen nach Unteilbarkeit des Königreiches, Unteilbarkeit Galiziens und Wiederherstellung der Grenzen des Cholmlandes; dies seien die Voraussetzungen zu einer austro-polnischen Lösung. Solange die Polen nicht im Besitze einer feierlichen und ehrlichen Versicherung sein werden, daß das Ministerium des Außern aufrichtig eine solche Lösung der polnischen Frage anstrebe, die die Polen befriedigen könnte, solange müsse der Polenklub seine bisherige Haltung beobachten.

Das Präsidium des Polenklubs beim Minister- präsidenten.

Heute nachmittag empfing Ministerpräsident Doktor Ritter v. Seidler in Anwesenheit des Ministers Dr. v. Twardowski das Präsidium des Polenklubs, bestehend aus den Abgeordneten Hofrat Kędzior, Hofrat German, Graf Baworowski und Stajinski. Den Gegenstand der längeren Beratung bildete die voraussichtliche Gestaltung der parlamentarischen Lage in der nächsten Zeit, worauf mehrere laufende Angelegenheiten wirtschaftlicher Natur zur Erörterung gelangten.